

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Christof Mackinger, Wien

10.06.2019

Nirgendwo Gerechtigkeit

Wien: Nach Veröffentlichung von Verhaftungsvideos demonstrieren Tausende gegen Polizeigewalt



Carl Dewald

»Kniende Polizisten im Rücken«: Demo in Wien am Donnerstag

Aus Hunderten Kehlen tönt: »Ganz Wien hasst die Polizei!« So lautet die Antwort von Tausenden Demonstrierenden auf die gewalttätige Räumung einer Aktion von Klimaaktivisten am Freitag vergangener Woche. Diese hatten in Wien einen zentralen Verkehrsknotenpunkt blockiert, um für klimafreundlichere Fortbewegungsmittel zu protestieren. Die Bilanz des Polizeieinsatzes: ein gebrochenes Handgelenk, eine Platzwunde, Blutergüsse und viele blaue Flecken. Eine über die »sozialen« Medien

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

verbreitete Aufnahme einer Festnahme ließ tagesschau.de titeln »War es eine Scheinhinrichtung?« Die Polizei hat inzwischen interne Ermittlungen eingeleitet.

Straße zurückerobert

Rund 15.000 Schülerinnen und Schüler hatten Freitag vergangener Woche gemeinsam mit der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg am Wiener Heldenplatz für Klimaschutz demonstriert. Nur eineinhalb Kilometer entfernt blockierten rund 100 Menschen eine zentrale Kreuzung. »Der Verkehrssektor ist der größte Klimakiller in Österreich«, sagt Laura Grossmann gegenüber junge Welt. Grossmann ist Sprecherin der Gruppe »System Change, not Climate Change«, die die mehrstündige Blockade organisiert hatte. »Da Politik und Wirtschaft nicht angemessen auf die Klimakrise reagieren, haben wir die Verantwortung die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.« Durch die Aktion sei die Straße temporär – und völlig friedlich – zurückerobert worden, so die Aktivistin.

Die Wiener Polizei aber räumte die Sitzblockade mit unverhältnismäßiger Gewalt. Ein Video zeigt einen Polizisten, der einen am Bauch fixierten Demonstranten zwölf Faustschläge in den Rücken verpasst, während aus dem Hintergrund jemand »In die Nieren!« ruft.

Wiens Polizeivizepräsident Michael Lepuschitz kündigte Untersuchungen an, bezeichnete aber die Anwendung von Gewalt als zulässig, »um Waffengebrauch zu vermeiden, wenn sich der Festgenommene wehrt«. Gegenwehr ist auf dem Video allerdings nicht zu erkennen. »Ein gezielter Fauststoß ist jedenfalls eine mögliche Einsatztechnik«, so Lepuschitz am Dienstag in der Tageszeitung Kurier.

»Moment der Ohnmacht«

Ein zweites Video zeigt jW-Autor Anselm Schindler. »Ich war nicht Teil der Sitzblockade, sondern hab' nur von der Seite aus dokumentiert«, so der Münchner Aktivist gegenüber junge Welt. Nachdem er sich nach Aufforderung durch die Beamten nicht schnell genug entfernt hatte, wurde er zu Boden gezerrt und ebenfalls am Bauch liegend fixiert. Dies geschah so nah an einem Polizeiauto, dass sich sein Kopf unmittelbar vor dem Hinterrad befand. Als der Wagen plötzlich anfuhr, zogen die Beamten Schindlers Körper erst im letzten Moment unter dem Reifen weg. »Es war ein Moment der Ohnmacht und der Schmerzen, mit knienden Polizisten im Rücken«, beschreibt Schindler die Situation.

Die Reaktion der Polizei fällt zurückhaltend bis verleugnend aus: Der prügelnde Polizist aus dem ersten Video wurde in den Innendienst verlegt, Ermittlungen gegen vier Beamte

»wegen des Verdachts der Körperverletzung, der schweren Körperverletzung unter Ausnützung einer Amtsstellung sowie der Gefährdung der körperlichen Sicherheit« wurden angekündigt. Die mediale Diskussion »entbehere aber teilweise dem Grundsatz einer objektiven und faktenbasierenden Berichterstattung« (sic!), schrieb die Polizei auf dem Kurznachrichtendienst Twitter. Auch könne der Bruch des Mittelhandknochens eines Aktivisten durch Beamte »nicht verifiziert« werden, weil fast alle der Festgenommenen sich geweigert hatten, sich auszuweisen. Nach Stunden in einer Gewahrsamszelle mussten sie freigelassen werden.

Eine 2018 abgeschlossene Studie der Forschungsstelle für Polizei- und Justizwissenschaften an der Universität Wien zeigt, dass keine der zwischen 2012 und 2015 wegen Misshandlung erstatteten rund 1.500 Anzeigen gegen die Polizei zu einer Verurteilung geführt haben. Insofern könnten die Demonstrierenden vom Donnerstag recht behalten, als sie skandierten »Überall Polizei, nirgendwo Gerechtigkeit!«

08.06.2019